



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Volkmар Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Kein Rückschritt in der Energiepolitik: Bremsen für Erneuerbare lösen und Industrie entlasten statt realitätsfremder Atom-Nostalgie!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Atomkraft in Deutschland und Bayern keine Lösung für die Energieversorgung ist, weil Kernspaltung zu große Gefahren birgt, die Endlagerfrage weiter nicht gelöst ist, die Betreiber nicht zum erneuten Einstieg bereit sind und der Rückbau der Atomkraftwerke bereits zu weit fortgeschritten ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- ein unabhängiges Gutachten in Auftrag zu geben, das bestehende Hindernisse beim Ausbau von Erneuerbaren Energien sowie Speicher- und Netzinfrastruktur in Bayern aufzeigt und praxisnahe Lösungsvorschläge erarbeitet.
- die Maßnahmen der Bundesregierung zur Entlastung der Industrie bei den Energiekosten wie die geplante Deckelung der Netzentgelte, die Verlängerung des Strompreispakets zur Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe und die Strompreiskompensation politisch zu unterstützen.

Begründung:

Der Freistaat als größtes deutsches Flächenland kann und muss bei der Energiewende wieder eine Vorreiterrolle einnehmen. Eine echte Vorreiterrolle zeigt sich nicht in der installierten Leistung, wie der Ministerpräsident Dr. Markus Söder irreführenderweise häufig behauptet, sondern in der tatsächlich erzeugten Energiemenge. Zudem gilt es die Fläche des Freistaates zu berücksichtigen. Wenn man diesen Maßstab anlegt, ist Bayern derzeit leider im hinteren Mittelfeld und bei der Windkraft sogar weit abgeschlagen. Deswegen ist ein Politikwechsel notwendig. Wir brauchen im Freistaat eine zukunftsorientierte und verantwortungsvolle Strategie, die sich auf sichere, bezahlbare und saubere Energieformen konzentriert.

Die klassische Atomkraft spielt dabei aber keine zukunftsweisende Rolle. Die Risiken der Kernspaltung sind nach wie vor zu hoch und durch Ereignisse wie Tschernobyl und Fukushima eindringlich dokumentiert. Hinzu kommt das ungelöste Problem der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle, die fehlende Wirtschaftlichkeit von Atomstrom und der Mangel an speziell ausgebildetem Personal. Die Betreiber der Atomkraftwerke widersprechen dem Ministerpräsidenten ausdrücklich und erteilen allen Träumen von einer Reaktivierung der Kernkraftwerke in Bayern eine klare Absage: „Wir konzentrieren wir uns voll und ganz auf den zügigen Rückbau der beiden Kraftwerksblöcke 1 und 2 am

Standort. Vor diesem Hintergrund ist eine Wiederinbetriebnahme von KKI 2 für Preussen Elektra kein Thema“, so eine Sprecherin auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. Der Geschäftsführer der Betreiberfirma Preussen Elektra des stillgelegten Kernkraftwerks Isar 2, Guido Knott, meinte im Bayerischen Rundfunk, dass „niemanden geholfen (wäre), wenn wir jetzt fünf Jahre lang versuchen, ein altes Kraftwerk wieder in Betrieb zu setzen. In dieser Zeit müssten andere Investitionen getätigt werden, um die Energiewende zum Fliegen zu bringen.“ Auch Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht sich in ihrer neu erschienen Biografie klar gegen einen Rückschritt zur Atomkraft aus. Das Handelsblatt zitiert sie mit den Worten „Ich kann Deutschland auch für die Zukunft nicht empfehlen, wieder in die Nutzung der Kernenergie einzusteigen.“

Damit ist glasklar: Der Fokus muss jetzt auf dem schnellen Ausbau erneuerbarer Energien liegen und der Unterstützung der Industrie in der Transformation liegen. Bayern verfügt über hervorragende Potenziale für Photovoltaik, Windkraft und Geothermie, die konsequent genutzt werden müssen. Um die Energiewende zu beschleunigen, sind grundlegende Weichenstellungen erforderlich. Ein unabhängiges Gutachten kann helfen, bestehende Hindernisse beim Ausbau erneuerbarer Energien zu identifizieren und praxisgerechte Lösungsansätze zu entwickeln. Wichtig ist zudem eine Senkung der Stromkosten für Industrie und produzierendes Gewerbe für die Erhaltung von Arbeitsplätze – nach dem Wegfall des insbesondere auch in Bayern stark genutzten russischen Erdgases und dem Energiepreisanstieg in Folge des Ukrainekrieges. Dafür müssen jetzt die Netzentgelte für die Wirtschaft gedeckelt und das Strompreispaket mit der Stromsteuersenkung auf das europäische Mindestmaß für das produzierende Gewerbe verlängert werden.